Ist der Marxismus zum Realismus verdammt?

Ende 1978 kam es zum Krieg zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea (Kambodscha). Wenige Wochen später griff die Volksrepublik China Vietnam an. In allen drei Staaten regierten kommunistische Parteien.

Wie lässt sich erklären, dass Staaten, deren regierende Parteien sich auf den Marxismus beriefen, Krieg gegeneinander führten? Sind die Interessengegensätze zwischen Staaten unabhängig von deren Gesellschaftsordnung? Und sind damit die Annahmen des politischen Realismus über die internationalen Beziehungen auch für Marxisten letztlich unausweichlich?

Der Politikwissenschaftler Pascal Lottaz hat diese Fragen in einem Vortrag über das Verhältnis von Marxismus und Realismus aufgegriffen. Im Rückgriff auf die Arbeiten von Andrew Davenport verweist er auf ein grundlegendes theoretisches Problem des Marxismus: Eine Theorie, die erklärt, welche Klasseninteressen das Handeln eines Staates bestimmen, erklärt damit noch nicht, warum die Menschheit überhaupt in eine Vielzahl eigenständiger Staaten gegliedert ist.

Aber muss man deshalb den theoretischen Ausgangspunkt von Marx aufgeben? Oder bietet die materialistische Geschichtsauffassung selbst Ansatzpunkte, um die Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen und deren Verhältnis zueinander zu erklären?

Der vorliegende Essay geht dieser Frage nach. Im Mittelpunkt steht das Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte und den Formen gesellschaftlicher Organisation.

1. Die Herausforderung

Für den politischen Realismus ist die Gliederung der Menschheit in eigenständige politische Gemeinwesen der Ausgangspunkt. Diese müssen ihre Existenz in einer Welt sichern, in der es keine ihnen übergeordnete politische Instanz gibt.

Im Zentrum der marxistischen Analyse stehen dagegen die gesellschaftlichen Produktions- und Klassenverhältnisse. Die Konflikte zwischen den Klassen verlaufen quer zu den Staatsgrenzen.

Die von Davenport untersuchten marxistischen Ansätze haben dieses Problem seiner Auffassung nach nicht befriedigend gelöst. Aber auch der Realismus erklärt die Existenz vieler politischer Gemeinwesen nicht. Er setzt sie voraus.

Die Frage ist von erheblicher Bedeutung. Denn wenn die Konflikte zwischen politischen Gemeinwesen zwangsläufig aus deren eigenständiger Existenz hervorgehen, wäre auch mit der Überwindung des Kapitalismus die Grundlage für diese Konflikte nicht beseitigt.

Marx und Engels haben sich jedoch nicht nur mit Klassenverhältnissen und unterschiedlichen Produktionsweisen beschäftigt, sondern auch mit den grundlegenden Bedingungen menschlicher Existenz. Vielleicht liegt hier ein Zugang zu der von Davenport aufgeworfenen Frage.

Der Essay entwickelt keine umfassende Staatstheorie und unternimmt keine historische Beweisführung. Er stellt einen Denkansatz zur Diskussion.[1]

1 Davenport untersucht die politische Vielheit als theoretische Leerstelle marxistischer Ansätze. Lottaz greift diese Kontroverse auf. Der hier entwickelte Ansatz beansprucht nicht, Davenports Theorieproblem vollständig zu lösen.

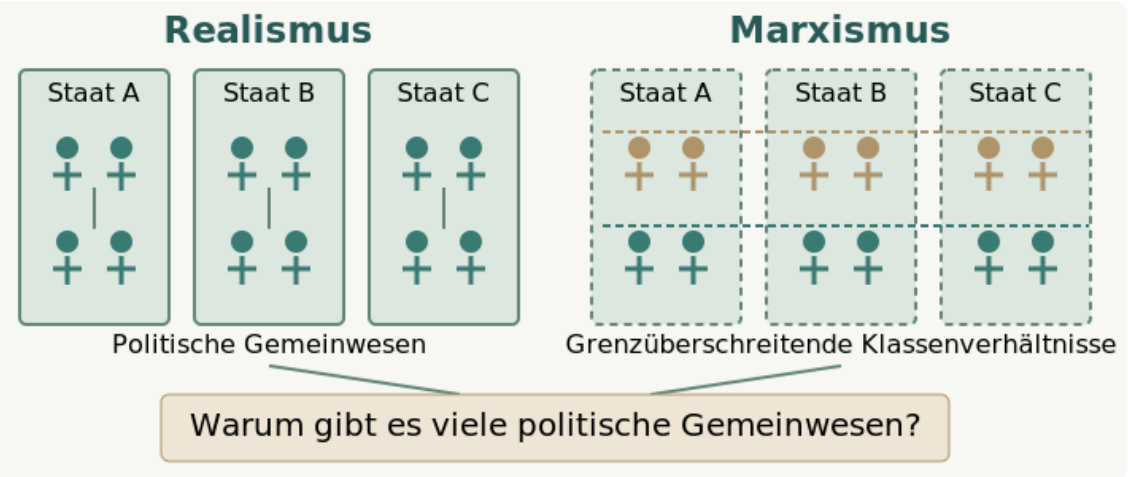


Abb. 1: Zwei Perspektiven auf dieselbe Welt

2. Die natürlichen Grundlagen gesellschaftlicher Organisation

Der Mensch ist ein Teil der Natur. Wie alle Lebewesen ist er darauf angewiesen, seiner Umwelt Stoffe und Energie zu entnehmen, um seine Existenz zu sichern.

Was den Menschen auszeichnet, ist die Fähigkeit, seine natürlichen Existenzbedingungen durch bewusste, gesellschaftlich organisierte Arbeit in immer größerem Umfang zu verändern. Dabei verändert er nicht nur seine Umwelt, sondern auch sich selbst und die Gesellschaft, in der er lebt.

Der australische politische Ökonom Warwick Powell betrachtet diesen materiellen Zusammenhang unter dem Gesichtspunkt der Thermodynamik.

Entropie ist eine physikalische Größe. Bei der Umwandlung von Energie, etwa beim Verbrennen von Brennstoffen, verteilt sich Energie zunehmend als Wärme und lässt sich weniger vollständig für weitere Arbeit nutzen. Nach dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik nimmt die Entropie eines isolierten Systems nicht ab. Lebende Systeme sind dagegen offene Systeme: Sie können ihre innere Ordnung nur erhalten, indem sie fortlaufend nutzbare Energie aufnehmen und Wärme und Stoffe an ihre Umwelt abgeben. Auch menschliche Gesellschaften müssen ihre materielle Reproduktion durch Arbeit, Technik und geeignete Institutionen immer wieder gewährleisten.

Dieser Prozess muss ständig aufrechterhalten werden: Nahrung gewinnen, Arbeitsmittel herstellen, Kinder aufziehen und die natürlichen Existenzbedingungen sichern. In diesem Sinne ist die menschliche Existenz ein beständiger Kampf gegen die Entropie. Je effizienter die Ordnung erhalten wird, desto besser kann eine Gesellschaft überleben.

Je weiter sich die Arbeitsteilung entwickelt, desto mehr unterschiedliche Tätigkeiten müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Menschen werden in ihrer Existenzsicherung immer stärker voneinander abhängig.

Gesellschaftliche Organisation ist somit nicht erst mit der Entstehung von Klassen und Herrschaftsverhältnissen notwendig geworden. Sie ergibt sich bereits aus der Art und Weise, wie Menschen ihre Existenz sichern.

Mit der Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, des Wissens und der technischen Möglichkeiten – also der Produktivkräfte – verändern sich diese Bedingungen und damit auch die Anforderungen an die gesellschaftliche Organisation.

Quellen: Andrew Davenport (2013), *Marxism in IR: Condemned to a Realist fate?*, European Journal of International Relations 19(1), 27–48, Originalaufsatz, insbesondere die Abschnitte „The challenge of Realism" und „Marxism and the political". Pascal Lottaz, Videobeitrag.

Das bedeutet nicht, dass sich aus bestimmten materiellen Bedingungen eine bestimmte Gesellschaftsordnung zwangsläufig ergibt. Es bedeutet aber, dass nicht jede Gesellschaftsordnung unter allen Bedingungen funktionsfähig ist.

Umgekehrt beeinflussen die gesellschaftlichen Organisationsformen auch die Entwicklung der Produktivkräfte. Sie können die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und technischer Möglichkeiten fördern, aber auch behindern. Es handelt sich also um ein Wechselverhältnis, das die Menschen durch ihr Handeln beeinflussen können.

Auch Gesellschaften, die durch Klassen- und Herrschaftsverhältnisse geprägt sind, können ihre materielle Reproduktion mehr oder weniger erfolgreich organisieren und die Produktivkräfte fördern oder behindern. Davon zu unterscheiden ist die Frage, in wessen Interesse diese Leistungen erbracht werden und wem ihre Ergebnisse zugutekommen.

Gesellschaftliche Organisation ist somit eine grundlegende Bedingung menschlicher Existenz.[2]

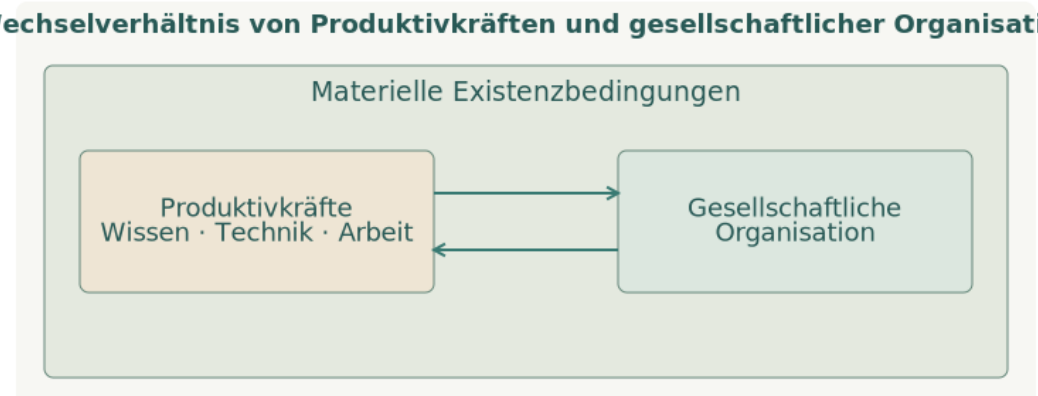


Abb. 2: Wechselverhältnis von Produktivkräften und gesellschaftlicher Organisation

3. Die Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsformen

Über den größten Teil der Menschheitsgeschichte war die Sicherung der menschlichen Existenz unmittelbar an die natürlichen Bedingungen des jeweiligen Lebensraums gebunden.

Auch nicht sesshafte Gemeinschaften waren auf genaue Kenntnisse der Ressourcen, des Klimas und der jahreszeitlichen Veränderungen ihrer Lebensräume angewiesen.

Die räumliche Gebundenheit der materiellen Reproduktion bietet einen ersten Ansatz zur Erklärung dafür, warum sich die Menschheit nicht als eine einzige Gesellschaft, sondern in vielen Gemeinschaften organisiert hat.

Diese Gemeinschaften entwickelten unterschiedliche Fähigkeiten, Kenntnisse, Arbeitsweisen und Formen des Zusammenlebens.

2 Engels untersucht die Rolle der Arbeit bei der Menschwerdung, Marx den Arbeitsprozess unabhängig von seiner gesellschaftlichen Form. Powell untersucht die Erhaltung materieller Ordnung in offenen Systemen durch Stoff- und Energieaustausch sowie deren institutionelle Voraussetzungen (negentropische Interventionen, S. 3); seine Wert- und Geldtheorie wird hier nicht übernommen.

Quellen: Friedrich Engels, *Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen*, MEW 20, S. 444 ff.; Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, Kap. 5, insbesondere S. 192–198; Warwick Powell (16. März 2026, Online-Datum), *Why I Wrote Thermoeconomics in a Time of Monsters*, Originalbeitrag auf Substack; vorliegende PDF-Fassung, S. 3–4.

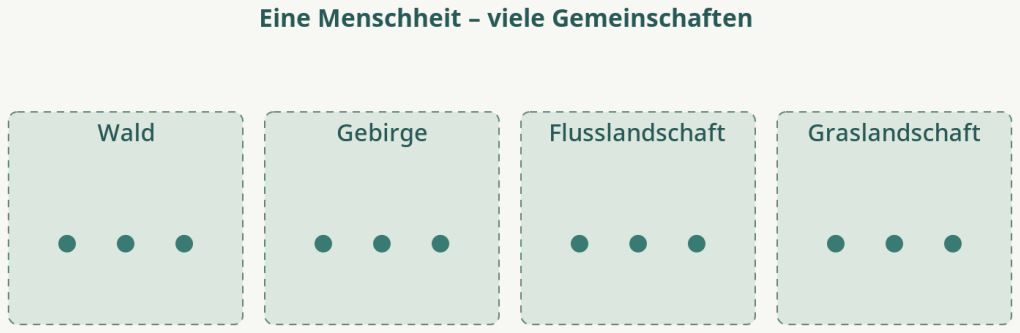


Abb. 3: Eine Menschheit – viele Gemeinschaften

Gesellschaftliche Vielfalt ist nicht allein durch die Natur bedingt

Der Anthropologe David Graeber und der Archäologe David Wengrow haben in ihrem Buch *Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit* die erstaunliche Vielfalt gesellschaftlicher Organisationsformen herausgearbeitet.

Sie wenden sich gegen die Vorstellung einer zwangsläufigen Abfolge von egalitären Gemeinschaften über Landwirtschaft und Hierarchien bis zur Staatenbildung.

Menschen haben vielmehr im Laufe ihrer Geschichte unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Organisation erprobt, verändert und auch wieder aufgegeben.

Die Cheyenne und Lakota Nordamerikas bildeten etwa für die gemeinsame Bisonjagd zeitweilig große, vergleichsweise autoritär organisierte Gemeinschaften und kehrten anschließend zu weniger hierarchischen Formen zurück.

Die gesellschaftlichen Organisationsmöglichkeiten sind dennoch nicht beliebig

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte entstehen neue gesellschaftliche Möglichkeiten, aber auch neue Aufgaben. Organisationsformen, die unter bestimmten Bedingungen funktioniert haben, können unter veränderten Bedingungen ihre Funktionalität verlieren.

Gemeinschaften haben ein Innen und ein Außen

Gemeinsame Existenzsicherung schafft Zugehörigkeiten und gegenseitige Verpflichtungen. Aus solchen gemeinsamen Aufgaben und Verpflichtungen ergibt sich eine Unterscheidung zwischen den Angehörigen einer Gemeinschaft und den Menschen außerhalb dieser Gemeinschaft.

Aber menschliche Gemeinschaften waren nie vollständig voneinander abgeschottet. Menschen haben ihre Lebensräume verlassen, Wissen und Güter ausgetauscht, sich mit anderen Gemeinschaften verbunden, aber auch Kriege geführt und andere Gemeinschaften unterworfen.

Kooperation und Konkurrenz gibt es sowohl innerhalb als auch zwischen Gemeinschaften.

Graeber und Wengrow beschreiben auch Regeln und Rituale zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Gemeinschaften.

So konnten australische Ureinwohner über große Entfernungen reisen und bei Menschen, die eine ganz andere Sprache sprachen, aufgrund gemeinsamer totemischer Zugehörigkeiten Gastfreundschaft beanspruchen.

Solche Einrichtungen ermöglichten Kooperation ohne übergeordnete politische Herrschaft.

Die lokale Bindung materieller Reproduktion schloss also gesellschaftliche Fernorganisation über Tausende von Kilometern nicht aus.

Nicht jede Gemeinschaft ist ein Staat. Staaten sind historisch entstandene Formen politischer Organisation, der moderne Nationalstaat wiederum eine besondere Form des Staates.

Entscheidend ist zunächst etwas anderes: Die Existenz vieler gesellschaftlicher Gemeinwesen ist älter als die Existenz von Staaten, und diese wiederum ist älter als der Kapitalismus.

Der Kapitalismus hat jedoch sowohl die materiellen Grundlagen menschlicher Existenz als auch die politische Organisation der Menschheit grundlegend verändert. [3]



Abb. 4: Gesellschaftliche Organisation von Beziehungen

4. Die kapitalistische Revolution

Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte bereits in vorkapitalistischer Zeit dazu geführt, dass sich die Arbeitsteilung über immer größere Räume erstreckte. Es entstanden Städte, weitreichende Handelsbeziehungen und große politische Gemeinwesen.

Aber für einen großen Teil der Menschheit blieb die Sicherung der eigenen Existenz unmittelbar an die Nutzung des Bodens gebunden.

Die Veränderung der Ortsgebundenheit menschlicher Existenz

Marx beschreibt die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise als einen historischen Prozess, in dessen Verlauf die Produzenten von ihren Produktionsmitteln getrennt wurden. Von besonderer Bedeutung war dabei die Trennung der bäuerlichen Bevölkerung vom Boden.

Immer mehr Menschen mussten nun ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Die Produkte, die sie zum Leben benötigten, mussten sie mit dem Geld erwerben, das sie durch ihre Arbeit verdienten.

Mit dem Kapitalismus wurden nicht nur der Austausch, sondern auch Produktion und Existenzsicherung zunehmend über Märkte vermittelt. Arbeitskraft wurde zur Ware.

Die Menschen waren nicht mehr in derselben Weise wie zuvor an die natürlichen Ressourcen ihres unmittelbaren Lebensraums gebunden. Sie konnten ihren Wohnort wechseln und ihre Existenz an einem anderen Ort sichern, sofern sie dort eine Möglichkeit fanden, Geld zu verdienen.

3 Graeber und Wengrow dokumentieren unterschiedliche und saisonal wechselnde Organisationsformen sowie überörtliche Gastfreundschaft, Clanbindungen und Feste. Die Befunde sprechen gegen eine zwangsläufige Stufenfolge, erklären aber noch nicht die Entstehung staatlicher Souveränität.

Quellen: David Graeber und David Wengrow (2022), *Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Klett-Cotta, Kap. 3–5 und 10; insbesondere PDF-Seiten 196–197, 283–284 und 660 (E-Book-Paginierung). David Wengrow und David Graeber (2015), *Farewell to the ‘Childhood of Man’: Ritual, Seasonality, and the Origins of Inequality*, Journal of the Royal Anthropological Institute 21(3), 597–619.

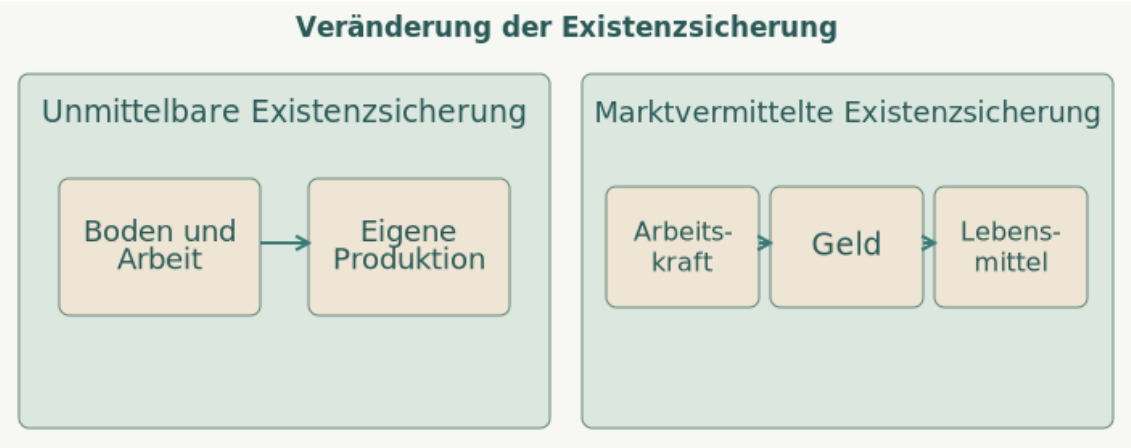


Abb. 5: Veränderung der Existenzsicherung

Das bedeutet nicht, dass die menschliche Existenz ihre räumliche Gebundenheit verloren hat. Menschen benötigen weiterhin Wohnraum, Nahrung, Wasser, Energie und eine Vielzahl anderer materieller Güter.

Die Abhängigkeit von den natürlichen Existenzbedingungen des unmittelbaren Lebensraums wurde für viele Menschen durch die Abhängigkeit von einem immer weiter ausgreifenden gesellschaftlichen Produktionszusammenhang überlagert.

Die Entstehung eines weltweiten Produktionszusammenhangs

Die revolutionäre Rolle des Kapitalismus besteht vor allem darin, dass er die Entwicklung der Produktivkräfte in einem bis dahin unbekannten Ausmaß vorangetrieben hat.

Mechanisierung, neue Energiequellen, Transport und Kommunikation ermöglichten die räumliche Ausdehnung der Arbeitsteilung.

Es entstand ein Weltmarkt für Produkte und zunehmend auch für Rohstoffe, Produktionsmittel, Kapital und Arbeitskraft, eine Entwicklung, die Marx und Engels bereits 1848 im Kommunistischen Manifest beschrieben.

Die materielle Reproduktion der Menschheit ist zu einem weltweiten gesellschaftlichen Prozess geworden.

Ein Ort muss heute nicht mehr selbst über sämtliche Ressourcen verfügen, die seine Bevölkerung benötigt. Der Zugang zu ihnen wird durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Verbindungen vermittelt.

Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht mit dem Ziel, die materiellen Existenzbedingungen der Menschheit bewusst zu gestalten. Ihre treibende Kraft war die Verwertung des Kapitals. Die Ausdehnung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung war deshalb von Anfang an auch mit der Herausbildung neuer Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse verbunden.

Die Herausbildung des modernen Nationalstaates

In Europa waren Herrschaftsrechte lange Zeit auf unterschiedliche Träger verteilt. Könige, Fürsten, Städte, Grundherren und kirchliche Institutionen verfügten über eigene Rechte. Innerhalb eines vergleichsweise kleinen Raumes konnten unterschiedliche Rechtsordnungen, Zölle, Münzen und Maßeinheiten gelten.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wurden solche Verhältnisse zunehmend zu Hindernissen für die Ausdehnung der Produktion und des Handels.

Es entstanden größere, politisch organisierte Räume mit einheitlicheren rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Herausbildung nationaler Binnenmärkte und die Herausbildung moderner Staaten waren eng miteinander verbunden. Die Funktionsfähigkeit dieser Märkte setzte gesellschaftliche Organisationsleistungen voraus, die nicht durch die Märkte selbst erbracht werden konnten.

Die Herausbildung moderner Nationalstaaten verlief keineswegs überall auf dieselbe Weise. Charles Tilly hat gezeigt, wie sich in Europa aus dem Zusammenwirken von Kapitalakkumulation, militärischer Konkurrenz und territorialer Herrschaft unterschiedliche Formen staatlicher Organisation entwickelten.

Die kapitalistische Entwicklung veränderte also die staatlichen Organisationsformen, während diese ihrerseits die Voraussetzungen kapitalistischer Entwicklung mitgestalteten.

Der moderne Nationalstaat übernahm Aufgaben wie die Organisation eines gemeinsamen Rechts-, Wirtschafts- und Währungsraums, den Aufbau von Infrastruktur, Bildung und sozialer Sicherung sowie die Sicherung der Handlungsfähigkeit nach außen.

Wie die Rechtswissenschaftlerin Katharina Pistor gezeigt hat, beruht die Existenz des Kapitals selbst auf rechtlich begründeten und staatlich durchsetzbaren Ansprüchen.

Auch die weltweite Ausdehnung kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen hat diese Abhängigkeit von staatlichen Rechtsordnungen nicht aufgehoben. Vielmehr haben die Staaten durch die gegenseitige Anerkennung und Durchsetzung rechtlicher Ansprüche die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kapital über ihre Grenzen hinweg wirksam werden kann.

Die Herausbildung eines globalen Kapitalismus setzte also nicht die Herausbildung eines globalen Staates voraus. Die Möglichkeiten, die Regeln des Weltmarktes zu bestimmen und durchzusetzen, sind jedoch ungleich verteilt. Wirtschaftliche Macht erleichtert die Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Regelsetzung; diese Regeln können ihrerseits wirtschaftliche Macht sichern und verstärken.

Die Staatsbildung war jedoch kein allein aus wirtschaftlichen Anforderungen erklärbarer Prozess: Kriege, Machtinteressen, Klassenkämpfe und nationale Bewegungen prägten ihn.

Auch die Grenzen und die Größe der Nationalstaaten lassen sich nicht aus wirtschaftlichen Erfordernissen ableiten.

Zwei gegenläufige Entwicklungen

Einerseits hat der Kapitalismus die räumlichen Grenzen der materiellen Reproduktion immer weiter ausgedehnt. Die Menschheit wurde zu einer immer enger miteinander verflochtenen Produktionsgemeinschaft.

Andererseits hat sich mit dem modernen Nationalstaat eine politische Organisationsform herausgebildet, die auf der Abgrenzung territorialer Räume und deren politischer Eigenständigkeit beruht.

Beide Entwicklungen förderten die Produktivkräfte und brachten zugleich eine historisch neuartige Konstellation hervor.[4]

---

4 Marx: Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Tilly: unterschiedliche Wege territorialer Staatsbildung im Wechselverhältnis von Kapitalakkumulation und militärischer Macht. Pistor: rechtliche Konstitution des Kapitals und grenzüberschreitende Wirksamkeit staatlich abgesicherter Ansprüche.

Quellen: Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, Kap. 24, S. 742 ff.; Charles Tilly (1993), *The Long Run of European State Formation*, S. 137–150; Katharina Pistor (2019), *The Code of Capital: How the Law Creates Wealth and Inequality*, Princeton University Press, Kap. 6, „A Code for the Globe".

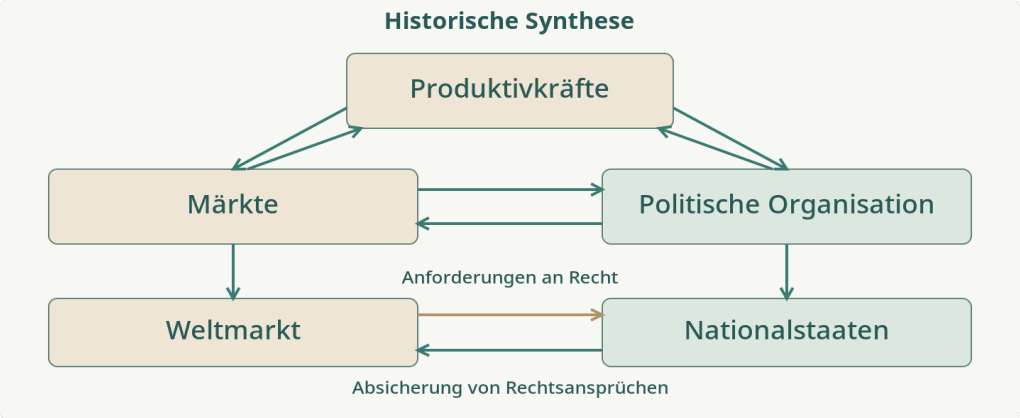


Abb. 6: Historische Synthese

5. Davenports Falle – ein historisch entstandener Widerspruch?

Davenport sieht ein grundlegendes Problem darin, dass die Herausbildung souveräner Staaten, die Ausdruck menschlicher Selbstbestimmung sein sollte, auf der Ebene der gesamten Menschheit zu einem System von Zwängen geführt hat.

Jeder Staat muss seine Handlungsfähigkeit gegenüber anderen sichern, während die Menschheit insgesamt keine vergleichbare Möglichkeit bewusster Gestaltung besitzt.

Die Souveränität der einzelnen Staaten wird damit zu einem Hindernis der Selbstbestimmung der Menschheit.

Politische Vielheit ist älter als der Kapitalismus. Neu ist der weltweite materielle Reproduktionszusammenhang, dessen bewusste Gestaltung mit der historisch entstandenen Staatenordnung in Widerspruch geraten kann.

Die Möglichkeiten, diesen Produktionszusammenhang bewusst zu gestalten, sind jedoch weiterhin zu einem erheblichen Teil an die einzelnen Staaten gebunden.

Die moderne Staatenordnung hat die Entwicklung der Produktivkräfte und die Ausdehnung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ermöglicht und gefördert. Aber gerade diese Entwicklung hat Aufgaben hervorgebracht, die von den einzelnen Staaten allein nicht mehr bewältigt werden können.

Die Nutzung fossiler Energieträger in einem Teil der Welt verändert die natürlichen Existenzbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt. Die Folgen menschlicher Produktion halten sich nicht an Staatsgrenzen.

Die Entscheidungen über die Art und Weise der Produktion werden jedoch von Unternehmen und politischen Institutionen getroffen, deren Handlungsmöglichkeiten und Interessen nicht mit denen der Menschheit als Ganzes übereinstimmen müssen.

Eine gesellschaftliche Organisationsform, die die Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht und vorangetrieben hat, kann selbst zu einem Hindernis ihrer weiteren Entwicklung und ihrer bewussten gesellschaftlichen Gestaltung werden.

Von diesem Ausgangspunkt aus lässt sich die von Davenport beschriebene Falle als eine historische Erscheinungsform des Widerspruchs zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Verhältnissen interpretieren.

Ist es die Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen, die eine bewusste Gestaltung der gemeinsamen Existenzbedingungen der Menschheit verhindert?

Oder sind es die historisch entstandenen Formen ihrer Organisation und ihrer Beziehungen untereinander?

Vielleicht ist politische Vielheit sogar eine Voraussetzung bewusster gesellschaftlicher Gestaltung.[5]

Diese Interpretation beantwortet noch nicht Davenports Frage nach dem Wesen politischer Gemeinwesen und ihrer Souveränität; sie erweitert die Untersuchung um materielle Voraussetzungen und gesellschaftliche Funktionen.

6. Die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat nicht nur dazu geführt, dass die Menschen weltweit immer stärker aufeinander angewiesen sind. Sie hat auch die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse enorm erhöht. Die Bewältigung zunehmender Komplexität ist damit auch eine Frage der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionsfähigkeit: Die arbeitsteiligen Prozesse müssen so organisiert werden, dass die materielle Reproduktion dauerhaft gesichert werden kann.

Immer mehr spezialisierte Tätigkeiten und Kenntnisse müssen aufeinander abgestimmt werden.

Herbert Simon hat gezeigt, dass sich viele komplexe Systeme in Teilsysteme gliedern lassen, innerhalb derer die Wechselwirkungen stärker sind als zwischen ihnen. Die Teilsysteme sind dennoch nicht voneinander unabhängig.

Diese Gliederung ermöglicht es, komplexe Zusammenhänge zu bewältigen, ohne ständig sämtliche Beziehungen innerhalb des Gesamtsystems berücksichtigen zu müssen.

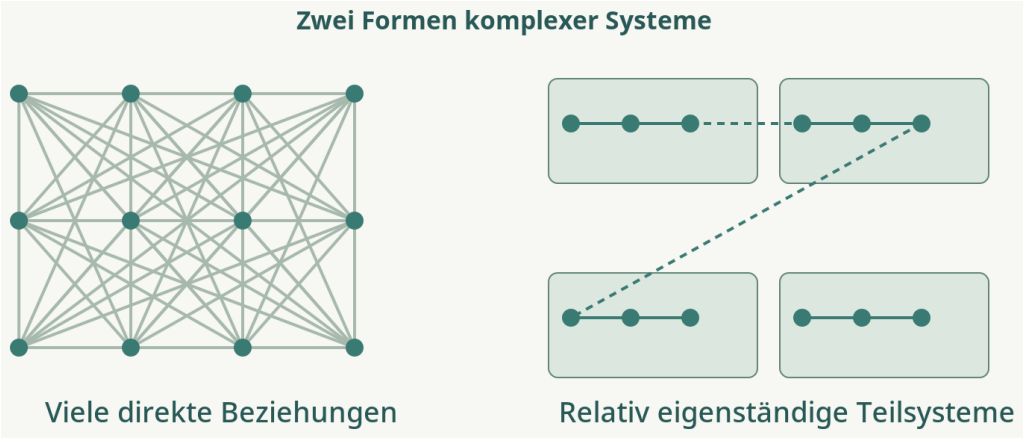


Abb. 7: Zwei Formen komplexer Systeme

Die Menschen organisieren einen Teil ihres gesellschaftlichen Lebens in Familien, Betrieben, Gemeinden und Regionen. Andere gesellschaftliche Aufgaben werden auf größeren räumlichen und organisatorischen Ebenen bewältigt.

Nicht jede Entscheidung, die in einer Gemeinde getroffen wird, muss mit allen anderen Gemeinden eines Landes abgestimmt werden. Aber die Gemeinden sind auf Leistungen angewiesen, die sie nicht selbst erbringen können und die eine Organisation auf einer größeren räumlichen Ebene erfordern.

Der Soziologe Wolfgang Streeck beschäftigt sich mit der Frage, welche Größe und welche Organisationsform politische Gemeinwesen haben müssen, damit die Menschen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Wolfgang Streeck überträgt Simons Überlegungen auf die politische Gliederung der Welt und fragt nach den Bedingungen demokratischer Selbstbestimmung.

---

5 Davenport fragt nach der politischen Form, durch die ein Innen und Außen entstehen. Marx untersucht den möglichen Umschlag gesellschaftlicher Verhältnisse von Entwicklungsbedingungen zu Hemmnissen der Produktivkräfte. Die Übertragung auf politische Organisationsformen ist eine eigene Hypothese, nicht Davenports Erklärung.

Quellen: Davenport (2013), wie in Fußnote 1; Karl Marx (1859), Vorwort zu *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 8–9; Lottaz, Videobeitrag wie in Fußnote 1, für die Darstellung von Davenports weiterführender Argumentation.

Er wendet sich gegen die Vorstellung, dass die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Menschheit zwangsläufig eine immer weitergehende politische Zentralisierung erfordere.

Mit der Vergrößerung politischer Entscheidungsräume wachsen zwar die Möglichkeiten, bestimmte gesellschaftliche Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Gleichzeitig können aber die Möglichkeiten der Menschen abnehmen, auf die Gestaltung ihrer unmittelbaren gesellschaftlichen Verhältnisse Einfluss zu nehmen.

Allerdings ist zwischen der Größe eines politischen Gemeinwesens und der Art seiner inneren Organisation zu unterscheiden.

Große politische Gemeinwesen können eine ausgeprägte innere Gliederung aufweisen und ihren Regionen und Gemeinden erhebliche Entscheidungsspielräume zugestehen. Kleine politische Gemeinwesen können dagegen stark zentralisiert organisiert sein.

Die großen politischen Gemeinwesen China und Russland wären beispielsweise daraufhin zu untersuchen, welche Bedeutung ihre innere Gliederung für die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität hat.

Aus Simons Prinzip folgt keine notwendige territoriale Gliederung. Doch Siedlungen, Verkehrsnetze, Bildung und Ressourcennutzung erfordern Entscheidungen, die unterschiedliche Tätigkeitsbereiche in einem konkreten Lebensraum verbinden. Darin könnte eine eigenständige Begründung territorialer Organisation liegen.

Eine Gemeinde muss ihre Wasserversorgung organisieren. Die Nutzung eines Flusses kann dagegen eine Abstimmung zwischen mehreren Gemeinden, Regionen oder Staaten erforderlich machen. Die Stabilisierung des Weltklimas wiederum erfordert die Zusammenarbeit der gesamten Menschheit.

Aus der Notwendigkeit, bestimmte gesellschaftliche Aufgaben auf weltweiter Ebene zu bewältigen, folgt deshalb nicht die Notwendigkeit, sämtliche politischen Entscheidungsbefugnisse auf dieser Ebene zusammenzufassen.

Man könnte eine solche Ordnung als polyzentrisch bezeichnen. Sie hätte nicht nur ein politisches Entscheidungszentrum, sondern eine Vielzahl miteinander verbundener Entscheidungszentren.

Die Gründe für die politische Gliederung der Menschheit könnten sich somit im Laufe der Geschichte grundlegend verändert haben. Während die ursprüngliche Vielfalt menschlicher Gemeinschaften auch aus ihrer unmittelbaren Bindung an unterschiedliche Lebensräume hervorgegangen sein dürfte, könnte eine differenzierte politische Organisation heute vor allem für die Bewältigung gesellschaftlicher Komplexität von Bedeutung sein.

Damit ist allerdings noch nicht gesagt, dass die heutigen Nationalstaaten in ihrer bestehenden Form und mit ihren bestehenden Grenzen die dafür geeigneten gesellschaftlichen Organisationsformen sind.[6]

7. Die gegenwärtigen internationalen Widersprüche

Die heutigen Nationalstaaten sind Teil einer historisch entstandenen Weltordnung, in der die Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstbestimmung sehr ungleich verteilt sind.

Die formale Souveränität eines Staates sagt noch wenig darüber aus, in welchem Umfang die Menschen in diesem Staat ihre materiellen Existenzbedingungen tatsächlich selbst gestalten können.

---

6 Simon: annähernde Zerlegbarkeit komplexer Systeme bei stärkeren Wechselwirkungen innerhalb als zwischen Teilsystemen; nicht alle Systeme besitzen diese Eigenschaft. Streeck: Übertragung auf politische Organisation, Regierbarkeit und demokratische Selbstbestimmung. Daraus folgt keine bestimmte Anzahl souveräner Staaten.

Quellen: Herbert A. Simon (1962), *The Architecture of Complexity*, Proceedings of the American Philosophical Society 106(6), 467–482, insbesondere 473–476; Wolfgang Streeck (2021), *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Suhrkamp, Abschnitt „Simon: Zerlegung von Komplexität", insbesondere S. 390–392.

Die kapitalistische Produktionsweise hat sich nicht gleichzeitig und unter gleichen Bedingungen in allen Teilen der Welt entwickelt.

Die industrielle Entwicklung einiger Länder verschaffte diesen Ländern einen erheblichen wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Vorsprung gegenüber anderen Gesellschaften.

Die Entstehung des Weltmarktes war deshalb nicht einfach ein Prozess der immer weitergehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie war zugleich mit der Herausbildung von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen verbunden.

Desai spricht von der Materialität der Nationen: Sie sind nicht nur kulturelle Gebilde, sondern materielle Bestandteile der Organisation der Weltgesellschaft mit unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Ihr zufolge haben die wirtschaftlich führenden kapitalistischen Staaten ein Interesse daran, internationale Verhältnisse aufrechtzuerhalten, die den Erfordernissen ihrer eigenen Kapitalakkumulation entsprechen.

Andere Länder werden dabei auf bestimmte Funktionen innerhalb der internationalen Arbeitsteilung festgelegt, beispielsweise auf die Bereitstellung von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften oder auf die Abnahme industriell gefertigter Produkte. Kapitalexport, ausländische Kontrolle über Produktionsmittel und internationale Verschuldung können diese Abhängigkeiten zusätzlich verstärken. Entscheidend sind die Bedingungen, unter denen diese Beziehungen zustande kommen.

Unter solchen Bedingungen kann die Einbindung eines Landes in die weltweite Arbeitsteilung seine gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht nur erweitern, sondern auch einschränken.

Den Bestrebungen der wirtschaftlich führenden Staaten, ihre überlegene Stellung zu behaupten, stehen die Bestrebungen anderer Staaten gegenüber, den wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungsrückstand aufzuholen und sich aus Abhängigkeitsverhältnissen zu lösen.

Nach Desai erfordert nachholende Entwicklung Organisationsleistungen jenseits des Marktes, etwa den gezielten Aufbau industrieller Kapazitäten, Bildung, Infrastruktur und die Förderung bestimmter Wirtschaftszweige.

Internationale Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse können jedoch die politischen Handlungsmöglichkeiten einschränken, die für solche Entwicklungsstrategien erforderlich sind.

Die politische Eigenständigkeit eines Gemeinwesens kann somit unter den Bedingungen einer imperialistisch geprägten Weltordnung eine Voraussetzung gesellschaftlicher Emanzipation sein.

Die Entwicklung Chinas wäre unter diesem Gesichtspunkt von besonderem Interesse. Zu untersuchen wäre, welche Bedeutung das Zusammenwirken von Märkten, staatlicher Steuerung, langfristiger Planung und öffentlicher Infrastruktur für die Entwicklung seiner Produktivkräfte hat.

Mit der Herausbildung unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationsformen entsteht auch eine Konkurrenz um deren Leistungsfähigkeit.

Eine solche Konkurrenz muss nicht zwangsläufig zu einer militärischen Konfrontation führen. Sie kann auch dazu beitragen, dass Gesellschaften voneinander lernen und ihre eigenen Organisationsformen verändern.

Für die Analyse internationaler Beziehungen sind daher drei Dimensionen zu unterscheiden:

Erstens die Existenz eigenständiger politischer Gemeinwesen, die ihre eigenen Angelegenheiten organisieren und ihre jeweiligen Interessen verfolgen.

Zweitens die Herausbildung unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationsformen, deren Leistungsfähigkeit sich unter den jeweiligen materiellen Existenzbedingungen erweisen muss.

Drittens die historisch entstandenen imperialistischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, gegen die sich das Streben vieler Gesellschaften nach eigenständiger Entwicklung richtet.

Eine Überwindung imperialistischer Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse würde weder die unterschiedlichen Interessen politischer Gemeinwesen noch die Unterschiede in ihren gesellschaftlichen Organisationsformen beseitigen.

Sie könnte jedoch die Bedingungen ihrer Beziehungen verändern.[7]



Abb. 8: Drei analytisch zu unterscheidende Dimensionen

8. Konsequenzen für die marxistische Diskussion

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Organisation ergibt sich aus den materiellen Existenzbedingungen der Menschen. Sie ist älter als Klassen- und Herrschaftsverhältnisse und bleibt auch nach deren möglicher Überwindung bestehen. Aus der Notwendigkeit, die materielle Reproduktion zu organisieren, lässt sich jedoch weder eine bestimmte politische Organisationsform noch der Charakter politischer Herrschaft ableiten. Für die marxistische Diskussion sind deshalb drei Fragen zu unterscheiden.

Drei unterschiedliche Dimensionen der politischen Organisation

Die erste Frage betrifft die Notwendigkeit politischer Organisation. Menschen müssen Entscheidungen über ihre gemeinsamen Angelegenheiten treffen und deren Umsetzung organisieren. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der gesellschaftlichen Natur menschlicher Existenz.

Die zweite Frage betrifft die Formen politischer Organisation. Auf welchen räumlichen Ebenen werden gesellschaftliche Aufgaben bewältigt? Wie werden Entscheidungsbefugnisse verteilt? Wie wird das Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche organisiert?

Die dritte Frage betrifft den Charakter politischer Herrschaft. Wer verfügt über die gesellschaftlichen Entscheidungsbefugnisse? Wessen Interessen bestimmen die Entscheidungen? Welche Möglichkeiten haben die Menschen, auf die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse Einfluss zu nehmen?

7 Desai: materieller Nationsbegriff, imperialistische Abhängigkeit und Entwicklung eigener Produktionsfähigkeiten. Powell: materielle und institutionelle Leistungsfähigkeit. Die Bezugnahme beinhaltet keine Übernahme sämtlicher historischer Periodisierungen oder politischer Schlussfolgerungen Desais.

Quellen: Radhika Desai, *Die geopolitische Ökonomie der organischen Krise des Weltkapitalismus*, Vortrag, insbesondere 06:12–11:52, 15:55–21:59; Grundlage ist die redigierte deutsche Transkriptfassung. Powell (2026), wie in Fußnote 2.



Abb. 9: Drei Dimensionen politischer Organisation

Umgekehrt bedeutet die Anerkennung gesellschaftlicher Funktionen von Staaten weder eine Rechtfertigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse noch eine Rechtfertigung der bestehenden Staatenordnung.

Wenn die Menschen ihre Produktion nicht mehr den Erfordernissen der Kapitalverwertung unterordnen, sondern ihre materiellen Existenzbedingungen bewusst gestalten wollen, stellt sich die Frage nach den dafür geeigneten gesellschaftlichen Organisationsformen in besonderer Weise.

Die enorme Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bleibt bestehen. Ebenso bleiben die Unterschiede der natürlichen Existenzbedingungen, der gesellschaftlichen Entwicklung und der kulturellen Erfahrungen der Menschen bestehen.

Die bisherigen Überlegungen legen sogar nahe, dass eine differenzierte politische Organisation auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen eine Voraussetzung für die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein könnte.

Die Bedeutung politischer Eigenständigkeit erschöpft sich allerdings nicht in ihrer Funktion bei der Überwindung internationaler Abhängigkeitsverhältnisse. Sie könnte auch unter anderen historischen Bedingungen eine Voraussetzung gesellschaftlicher Selbstbestimmung sein.

Die marxistische Analyse der Klassen- und Herrschaftsverhältnisse wird damit nicht aufgegeben. Sie wird in einen umfassenderen Zusammenhang eingeordnet.

Damit wird die politische Vielheit, die der Realismus voraussetzt, selbst zum Gegenstand einer materialistischen Untersuchung ihrer Entstehung, Funktion und Veränderbarkeit.[8]

9. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte die internationale Arbeiterbewegung vor eine grundlegende Herausforderung. Große Teile der sozialistischen Parteien unterstützten entgegen ihren bisherigen internationalen Beschlüssen die Kriegspolitik ihrer jeweiligen Staaten. Andere widersetzten sich ihr.

Die nationale Zugehörigkeit gewann für viele Menschen in dieser Situation eine größere Bedeutung als ihre gemeinsame Klassenzugehörigkeit. Dass sich andere anders entschieden, zeigt zugleich, dass weder die nationale noch die soziale Zugehörigkeit das politische Handeln zwangsläufig bestimmt.

Aber ihre konkreten Lebensbedingungen waren wesentlich durch die gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten bestimmt.

8 Die Unterscheidung zwischen Organisationsnotwendigkeit, historischer Form und Herrschaftscharakter ist eine eigene analytische Synthese auf Grundlage der in den Fußnoten 2–7 genannten Ansätze.

Im Nationalstaat hatten die Arbeiter ihre Organisationen aufgebaut, um Rechte und bessere Lebensbedingungen gekämpft und Institutionen ihrer Existenzsicherung geschaffen.

Die nationale Loyalität der Arbeiter lässt sich deshalb nicht von vornherein als Ausdruck eines falschen Bewusstseins betrachten. Auch sie hatte eine gesellschaftliche und materielle Grundlage.

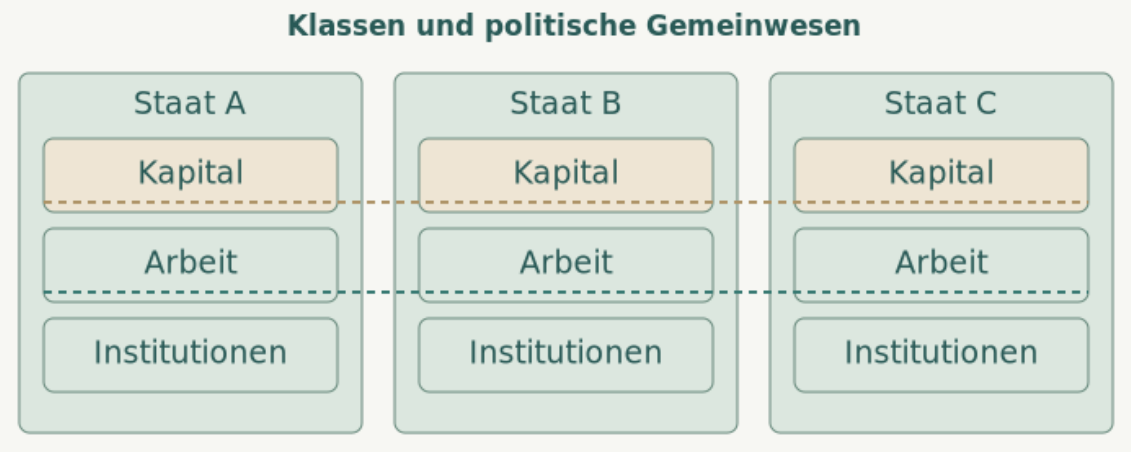


Abb. 10: Klassen und politische Gemeinwesen

Damit lässt sich auf die eingangs aufgeworfene Frage nach den Kriegen zwischen Vietnam und Kambodscha sowie zwischen China und Vietnam 1978/79 zurückkommen.

Die gemeinsame Berufung der regierenden Parteien auf den Marxismus bedeutete nicht, dass diese Gesellschaften dieselben Entwicklungsaufgaben zu bewältigen hatten, dieselben gesellschaftlichen Ziele verfolgten und dieselben staatlichen Interessen hatten.

Der hier entwickelte Denkansatz erklärt nicht die konkreten Kriegsursachen. Er macht aber verständlich, warum veränderte Klassen- und Eigentumsverhältnisse zwischenstaatliche Interessengegensätze und die Möglichkeit militärischer Konflikte nicht grundsätzlich beseitigen.

Politische Gemeinwesen können unterschiedliche Auffassungen darüber haben, wie sie ihre Sicherheit gewährleisten, ihre Produktivkräfte entwickeln und ihre Beziehungen zu anderen Gesellschaften gestalten wollen.

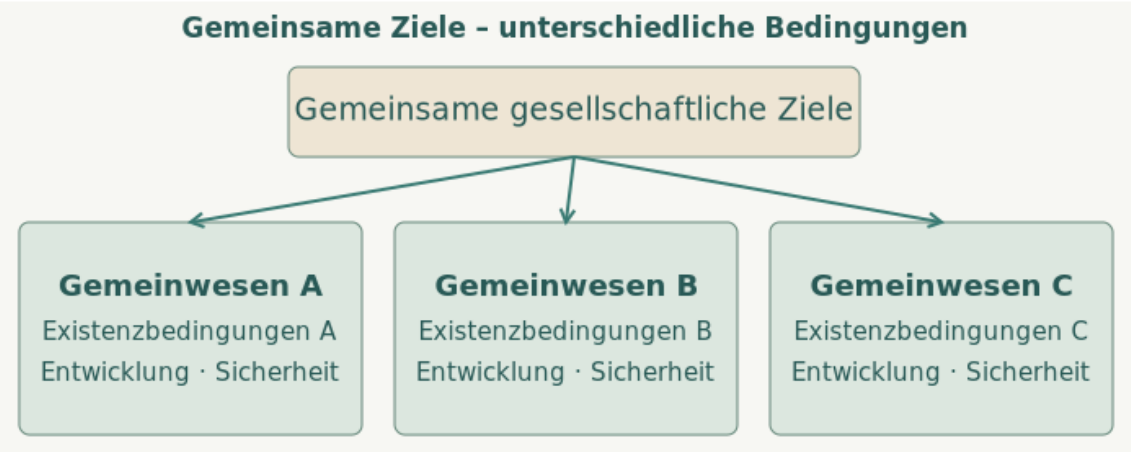


Abb. 11: Gemeinsame Ziele – unterschiedliche Bedingungen

Dass solche Unterschiede bestehen, bedeutet jedoch nicht, dass sie zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen müssen.

Auch diese Beziehungen sind gesellschaftliche Verhältnisse, die von Menschen gestaltet werden können.

Die weltweite Verflechtung der materiellen Reproduktion hat Aufgaben hervorgebracht, die nur durch das Zusammenwirken politischer Gemeinwesen bewältigt werden können.

Die Alternative zwischen einer Welt miteinander rivalisierender souveräner Staaten und einer Welt, in der die politische Gliederung der Menschheit aufgehoben ist, erscheint vor diesem Hintergrund zu eng.

Denkbar wäre eine Ordnung, in der eigenständige politische Gemeinwesen ihre gemeinsamen Aufgaben kooperativ bewältigen.

Eine solche Perspektive hat auch Wolfgang Streeck entwickelt. Er stellt einer imperial geprägten internationalen Ordnung die Möglichkeit einer kooperativen, polyzentrischen Ordnung eigenständiger Staaten gegenüber.

Völkerrecht, Vereinte Nationen und internationale Organisationen bieten schon heute institutionelle Ansätze zur gemeinsamen Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben.

In manchen Bereichen ist es gelungen, die Zusammenarbeit zwischen Staaten durch gemeinsame Institutionen dauerhaft zu organisieren. In anderen Bereichen, insbesondere bei der Sicherung des Friedens, stoßen diese Institutionen immer wieder an ihre Grenzen. Daraus folgt jedoch nicht, dass solche Formen der gesellschaftlichen Organisation grundsätzlich nicht funktionsfähig sein können.

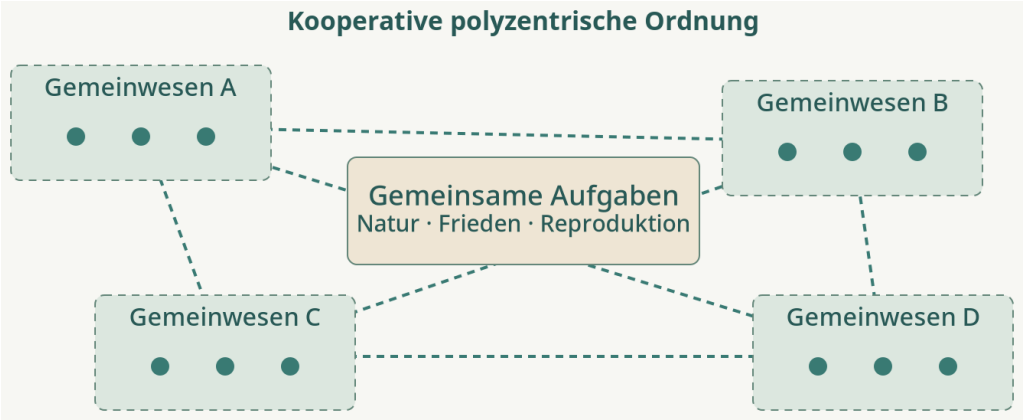


Abb. 12: Kooperative polyzentrische Ordnung

Ein Beispiel für funktionierende internationale Zusammenarbeit ist die Weltorganisation für Meteorologie. Die Staaten haben gemeinsame Regeln und technische Einrichtungen geschaffen, die es ihnen ermöglichen, weltweit erhobene meteorologische Daten auszutauschen und zu nutzen.

Die Funktionsfähigkeit internationaler Institutionen hängt auch von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, unter denen sie arbeiten müssen. In ihnen finden die historisch entstandenen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Staaten ihren Ausdruck.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten internationaler Zusammenarbeit sprechen deshalb nicht grundsätzlich gegen die Möglichkeit einer kooperativen Ordnung eigenständiger politischer Gemeinwesen. Politische Vielheit könnte es ermöglichen, unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsformen zu erproben und voneinander zu lernen. Ob und unter welchen Bedingungen eine solche Ordnung möglich ist, bleibt zu untersuchen.[9]

9 Die historischen Beispiele illustrieren Grenzen rein klassenbezogener Erklärungen, beweisen die Hypothese aber nicht; Parteientscheidungen erlauben keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Motive aller Arbeiter. Streeck entwickelt die Perspektive kooperativer Eigenständigkeit. Die WMO belegt begrenzte institutionalisierte Kooperation; die polyzentrische Ordnung bleibt eine theoretische Perspektive, keine Prognose.

Quellen: *Governments, Parliaments and Parties*, 1914–1918-online: International Encyclopedia of the First World War, Abschnitt „Socialist Parties and the War", 12. Mai 2017; *China–Vietnam: Territorial and Jurisdictional Disputes*, zeitgenössische US-Geheimdienstanalyse, Mai 1979, FRUS 1977–1980, Bd. XIII, Dok. 239 (perspektivisch gebundene Primärquelle, keine abschließende historische Bewertung); Streeck (2021), Abschnitt „Kooperativ statt imperial", S. 490–492; WMO, World Weather Watch und Unified Data Policy, Resolution 1 (Cg-Ext(2021)).

Diese Überlegungen haben auch Konsequenzen für die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen. Das Streben nach nationaler Kontrolle über die gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht nur in den Ländern des Globalen Südens, die sich aus imperialistischen Abhängigkeiten zu lösen versuchen, von Bedeutung. Auch in den kapitalistischen Metropolen stellt sich die Frage, auf welcher politischen Ebene die Menschen die Kontrolle über ihre gesellschaftlichen Existenzbedingungen zurückgewinnen können.

Der Kampf um nationale Handlungsfähigkeit ist deshalb nicht schon als solcher nationalistisch oder gar faschistisch. Sein politischer Charakter bestimmt sich vielmehr danach, in wessen Interesse die gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden sollen, welche Formen politischer Willensbildung dabei zur Anwendung kommen und welches Verhältnis zu anderen politischen Gemeinwesen angestrebt wird.

Internationale Zusammenarbeit und nationale Selbstbestimmung müssen keine Gegensätze sein.

Ist der Marxismus zum Realismus verdammt?

Die Anerkennung möglicherweise dauerhaft eigenständiger politischer Gemeinwesen zwingt den Marxismus nicht zur Übernahme des Realismus als umfassenden theoretischen Ansatz.

Welche Formen politischer Organisation ermöglichen es der Menschheit auf dem jeweiligen Entwicklungsstand ihrer Produktivkräfte, das menschliche Wohlergehen bestmöglich zu fördern und ein langfristig tragfähiges Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu gestalten?